

Antrag

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Mehmet Yildiz, Christiane Schneider,
Dora Heyenn, Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Dr. Joachim Bischoff
und Heike Sudmann (DIE LINKE)**

zur Drs. 20/105

Betr.: Integrationsbeirat ernst nehmen – Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechte schaffen

Der Integrationsbeirat ist ein wichtiges Diskussionsforum der Migrantinnen und Migranten in Hamburg. Trotz der vermeintlich beigemessenen Bedeutung sind die Kompetenzen des Beirates jedoch erheblich eingeschränkt. So verfügt der Integrationsbeirat unter anderem nicht über ein verbindliches Vorschlags- und Mitwirkungsrecht, hat kein eigenes Budget und ist intransparent zusammengesetzt.

Dies ist aus migrationspolitischer Sicht ein Rückschritt. 1999 war unter einem rot-grünen Senat eine „Ausländerbeauftragte des Senates“ mit einem Arbeitsstab von mindestens sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen worden. Diese Stelle war mit konkreten Rechten ausgestattet und konnte beispielsweise Akteneinsicht anfordern. Sie wurde vom CDU/Schill-Senat abgeschafft, stattdessen wurde ein Integrationsbeirat initiiert. Dieser Beirat ist eine Diskussionsplattform und besitzt keine Entscheidungskompetenzen.

Eine effektive Arbeit ist mit den eingeschränkten Kompetenzen nicht möglich. Daher ist eine ernsthafte Umstrukturierung des Integrationsbeirates mit erheblichen Kompetenzerweiterungen notwendig.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. für die 20. Wahlperiode den Integrationsbeirat unverzüglich wieder einzurichten und dabei gewählte Vertreter/-innen der Migrantorganisationen sowie Vertreter/-innen aller gesellschaftlichen Bereiche zu berücksichtigen;
2. die Stelle eines/einer Integrations- beziehungsweise Partizipationsbeauftragten beim Senat zu schaffen;
3. dem Integrationsbeirat ein Anhörungs-, Vorschlags- und Mitwirkungsrecht einzuräumen;
4. dem Integrationsbeirat ein eigenes Budget zur Verfügung zu stellen;
5. für eine demokratische und transparente Strukturierung des Integrationsbeirates zu sorgen;
6. dafür zu sorgen, dass die Sitzungen des Integrationsbeirates öffentlich sind.